



Kommunalwahl

2020

**Das Original.
Für soziale Politik.
Wülfrath gemeinsam gestalten.**

DIE LINKE.
Ortsverband Wülfrath

KOMMUNALWAHL 2020

Wir wollen, dass...

- ... alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, egal in welchem Alter, mit welchem Einkommen, welchen Fähigkeiten und welcher Herkunft.
- ... Wülfrath inklusiv & barrierefrei ist.
- ... Wohnen, Bildung, Kultur, Sport, Mobilität auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet sind.
- ... zunehmende Kinder- und Altersarmut als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und bekämpft wird.
- ... Verwaltung entbürokratisiert wird.
- ... wohnortnahe Versorgung gewährleistet ist.
- ... Klimaschutz vor Ort beginnt.
- ... Bürgerinnen und Bürger stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----------|
| Vorwort | 2 |
| Zusammenhalt und Teilhabe stärken | 3 |
| Wülfrath – das Alter gehört dazu | 5 |
| Wülfrath – Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche | 7 |
| Wülfrath – keine Stadt ohne kulturelle Angebote | 9 |
| Wülfrath – Bildung als Schlüssel | 11 |
| Wülfrath – Sport als gemeinsames Erlebnis | 13 |
| Wülfrath – digitale Teilhabe sichern, IT-Strukturen ausbauen | 14 |
| Wülfrath – existenzsichernde Arbeit in der Kommune | 16 |
| Wülfrath – Flächenpotenziale sinnvoll nutzen | 17 |
| Wülfrath – zu einer Energiestadt machen | 18 |
| Wülfrath – den Handel stärken | 19 |
| Wülfrath für alle. – Finanzielle Sicherheit für die Stadt. | 20 |
| Wülfrath – mit dem Umland zusammenarbeiten | 22 |
| Wülfrath – die Stadt sind wir. Für Demokratie und Vielfalt! | 22 |
| Wülfrath – Geschlechtergerechtigkeit herstellen | 24 |
| Wülfrath – für eine Kultur der Vielfalt und Integration | 25 |
| Wülfrath – gemeinsam gegen Rechts | 26 |
| Wülfrath – natürlich von den Menschen her denken | 27 |
| Wülfrath – eine Stadt bezahlbaren Wohnens | 29 |
| Wülfrath – neues, klimagerechtes Wohnen wagen | 30 |
| Wülfrath – Leben ohne Angst | 31 |
| Wülfrath – für eine friedliche Stadt | 32 |
| Wülfrath – dem Ehrenamt eine Stimme geben | 33 |
| DIE LINKE macht den Unterschied! | 34 |

Vorwort:

Liebe Wülfratherinnen und Wülfrather,
mit Ihrer Wahlentscheidung am 13. September 2020 bestimmen Sie mit, wie sich Wülfrath weiterentwickelt.

Sie bestimmen mit, ob wir Solidarität und sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt stärken und gute Bildung für alle ermöglichen können. Angefangen bei den Jüngsten in den Kitas und der Offenen Kinder- und Jugendarbeit bis hin zu Bildungsangeboten für Erwachsene in der Volkshochschule.

Sie entscheiden mit, ob Ihre politischen Teilhabemöglichkeiten ausgebaut werden und ob wir gemeinsam auf mehr Rad- und Öffentlichen Personennah-Verkehr setzen.

Sie entscheiden, ob Wülfrath auch weiterhin kulturelle Angebote vorhält und welche Arbeitsplätze wir fördern und entwickeln wollen.

Und sie entscheiden, ob wir auf in Zukunft von landschaftlich reizvollen Flächen umgeben sind oder auf der Grünen Wiese gebaut und Flächen verdichtet werden.

Setzen Sie sich mit unseren Ansätzen und Vorschlägen auseinander und mit uns in Verbindung. Lassen Sie uns gemeinsam streiten für ein soziales, zukunftsorientiertes und weltoffenes Wülfrath.

Wir freuen uns über Ihr Interesse.

Herzlichst Ihre

Partei DIE LINKE. Wülfrath

Sozialer Zusammenhalt kommt allen zugute!

Wir sehen es als Aufgabe linker Politik, gesellschaftlichen Ausgleich gesetzlich zu sichern und ihn nicht dem Wohlwollen und der Finanzkraft privater Wohltätigkeit zu überlassen.

Der Bund und das Land wälzen systematisch finanzielle Lasten im Bereich der Sozialpolitik auf Kreise und Kommunen ab. Auch Wülfrath kann diese nicht vollständig ausgleichen. Gleichwohl will DIE LINKE soziale Härten mildern und abwenden. Dazu gehört es, politische Alternativen aufzuzeigen und sich gegen weiteren Sozialabbau zu wehren. Dies ist Maßstab linker Politik.

Mit großer Sorge sehen wir, dass viele Kinder in Verhältnissen aufwachsen, die von Problemen, Entbehrungen und Belastungen ihrer Eltern deutlich geprägt sind. Fast jedes vierte Kind in NRW wächst in Armut auf. Das besagt ein vom Landessozialministerium veröffentlichter Bericht. Diese Entwicklung macht auch vor Wülfrath nicht halt.

Wir wissen, dass viele Menschen aufgrund ihrer sozialen Situation und Langzeitarbeitslosigkeit seit Jahren an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Andere kämpfen in prekären Beschäftigungen zu Niedriglöhnen mit den Folgen der neoliberalen Politik. Durch die Corona-Pandemie wird die finanzielle Lage für viele Bürger*innen zusätzlich verschärft.

Geprägt durch dauerhaft niedrige Einkommen oder unterbrochene



Erwerbsbiografien und entsprechend geringere Rentenansprüche nimmt auch in unserer Stadt Altersarmut deutlich zu. Potentiale liegen brach, weil Barrieren beim Zugang zu Arbeit, Bildung, Wissenschaft und Kultur vor allem junge Menschen daran hindern, ein selbstbestimmtes Leben aufzubauen und ihre Fähigkeiten und Kreativität zu entfalten – für ihre persönliche Zukunft und damit auch für unsere Stadt.

Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden, hierfür kämpft DIE LINKE auf allen politischen Ebenen. DIE LINKE will eine Stadt für alle Menschen. Niemand darf zurückgelassen, kein Stadtteil abgehängt werden.

Wir knüpfen dabei an den realen Lebensbedingungen der Menschen an, ohne auf haltlose Versprechen zu setzen.

Das heißt für DIE LINKE:

- sich für einen diskriminierungsfreien Zugang zu sozialen und kulturellen Leistungen in unserer Stadt einzusetzen;
- uns in allen Sozialräumen für ausreichend Beratungs-, Hilfs- und Präventionsangebote für Familien, Senior*innen, Kinder und Jugendliche einzusetzen und dabei niedrigschwellige Beratung mit barrierefreiem Zugang anzubieten;
- die europäische Charta zur Gleichstellung von Frauen und Männern – einschließlich des Aktionsplanes – auf lokaler Ebene umzusetzen. Das bedeutet, Fördermittel für Gleichstellungsprojekte einzuwerben und gleichberechtigt zu vergeben;
- sich dafür einzusetzen, dass die UN-Konvention über die Rechte behinderter Menschen umgesetzt wird. Teilhabe darf nicht an

finanziellen Erwägungen scheitern;

- Betreuungsformen und Projekte, die hilfsbedürftigen Menschen ein selbstbestimmtes und würdevolles Leben ermöglichen, zu unterstützen und zu fördern;
- Konzepte zur Integration und Gleichstellung behinderter Menschen in der Kommune fortzuschreiben;
- die Arbeit des Jobcenters kritisch zu begleiten, den betroffenen Personenkreis zu unterstützen und vor sozialer Ausgrenzung und Schikanen zu schützen;
- sich für eine familienfreundliche Stadt mit Chancengleichheit für alle Kinder einzusetzen. Das Netzwerk gegen Kinderarmut zu unterstützen, die Maßnahmen auswerten und sinnvolle Strukturen ausbauen.
- dafür zu sorgen, dass Fördermittel auf Grundlage einer städtischen Sozialplanung zielgerichtet eingesetzt werden;
- sich dafür einsetzen, dass das Angebot der Schuldnerberatung ausgebaut wird;
- aufsuchende Sozialarbeit in der Stadt auszubauen.

Wülfrath – das Alter gehört dazu

Das Alter ist ein Lebensabschnitt mit spezifischen Ansprüchen und Bedürfnissen. DIE LINKE unterstützt einen veränderten Blick auf das Alter und die Wünsche älterer



Menschen, sich in die Gesellschaft einzubringen und ihre Erfahrungen weiterzugeben.

Wir achten die Lebensleistungen älterer Menschen. Ihre Fähigkeiten, Kompetenzen und Gestaltungspotentiale müssen erkannt und anerkannt werden. Besondere Herausforderungen sind der Bedarf an altersgerechten Wohnformen, gesundheitlicher Betreuung und Pflege.

Da Altersarmut durch dauerhaft niedrige Einkommen oder unterbrochenen Erwerbsbiografien auch in unserer Stadt deutlich zunehmen, muss die Sozialarbeit für ältere Menschen gestärkt werden, um den Folgen von Altersarmut und Vereinsamung entgegenzuwirken.

Das heißt für DIE LINKE:

- einen Seniorenrat zu unterstützen und zu stärken und diesem auf Wunsch bei Planungs- und Entscheidungsprozessen des Stadtrates Gehör zu verschaffen;

- gegen die zunehmende Vereinsamung im Alter Begegnungsstätten für Senior*innen in jedem Sozialraum zu etablieren und durch die Stadt Wülfrath gezielt zu unterstützen. Dies gilt auch für das ZWAR-Netzwerk, das eine wichtige Rolle bei der Förderung und Ermöglichung des Zugangs von sozialen Kontakten auf der Basis des Prinzips „Selbstorganisation“ einnimmt.

- integrierte Konzepte für den demografischen Wandel zu entwickeln. Das heißt unter anderem, Wohnquartiere mit der Stadt und ihrer Tochter, der Wülfrather Wohnungsbaugesellschaft (GWG), so zu entwickeln, dass die Menschen möglichst lange zu Hause wohnen können.

- Sozialräume an die Bedürfnisse einer älter werdenden Gesellschaft anzupassen und Projekte von Mehrgenerationenhäusern für den

- das Sicherheitsgefühl – insbesondere älterer Bürger*innen – zu stärken, indem Parks und Wege zu Bus und Bahn, Arztpraxen etc. ausreichend beleuchtet sind;
- ehrenamtliches Engagement der Vereine und Initiativen für eine bessere, seniorengerechte öffentliche Infrastruktur (z.B. bequeme Verbindungen und Sitzmöglichkeiten) ernst zu nehmen;
- Stadtteilzentren in den Stadtvierteln als Treffpunkte und Freiräume der Generationen zu etablieren;
- eine kommunale Pflegekonferenz mit Vertreter*innen des Seniorenrates, der Seniorenbegegnungsstätte und Bürgerinitiativen anzustoßen und durchzuführen.

Wülfrath – Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche



Kinder und Familien sollen in unserer Stadt gern zu Hause sein.

Dazu gehört, für alle Kinder Chancengleichheit zu schaffen. Wir wollen ein qualitativ hochwertiges Bildungsangebot in den Kindertagesstätten, den Grund- und weiterführenden Schulen sowie in der

Berufsausbildung. Genauso wichtig ist es uns, Jugendfreizeitangebote und – wo nötig – qualifizierte soziale Betreuungs- und Beratungsangebote zu sichern und auszubauen.

Das heißt für DIE LINKE:

- eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Träger der Jugend- und Jugendsozialarbeit – insbesondere im Präventionsbereich – zu

sichern;

- die Jugendhilfeplanung bedarfsgerecht fortzuschreiben;
- Schulsozialarbeit an allen Schulen aufzubauen und bestehende Angebote über das Bundesprogramm Bildung und Teilhabe hinaus beizubehalten;
- alle kommunalen Projekte und Planungsvorhaben strikt auf Familienfreundlichkeit zu prüfen und diese zu berücksichtigen;
- bei der Gestaltung des Angebots für Kinder und Jugendliche, die Mobilitätsvoraussetzungen junger Menschen zu bedenken;
- ausreichend Fachpersonal im Allgemeinen Sozialen Dienst vorzuhalten;
- Initiativen für eigenverantwortliche, mobile und interkulturelle Jugendarbeit zu unterstützen;
- ausreichend alternative Sportangebote zu sichern und Möglichkeiten für Bolzplätze, Skating und neue Sportangebote zu schaffen;
- ehrenamtliches Engagement in der Jugendarbeit zu fördern, d.h. eine angemessene finanzielle Ausstattung bereitzustellen und eine Anerkennungskultur für Aktive zu pflegen;
- Initiativen und Aktionen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus (z.B. Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage) zu unterstützen und integrative Angebote für deutsche und zugewanderte Kinder und Jugendliche auszubauen;
- Kindern und Jugendlichen Teilhabe und Mitbestimmung in der Kommunalpolitik zu ermöglichen;
- ein Jugendparlament mit Rechten und Pflichten zu etablieren, um junge Menschen bei allen kommunalpolitischen Entscheidungen, die

sie betreffen, mitentscheiden zu lassen. Dessen Arbeit muss finanziell auskömmlich ausgestattet sein.

- die Fachkräftesituation bei Erzieher*innen in Wülfrath dauerhaft zu sichern und neue Überlegungen anzustellen, um mehr qualifizierte Fachkräfte selbst auszubilden – auch in Kooperation mit freien Trägern der Kitalandschaft;
- Barrierefreiheit an jeder Schule durchzusetzen, damit inklusive Angebote ausgebaut werden können;
- präventive Konzepte wie Gesunde Schule, Gesunde Kita, Gesundes Frühstück auszuweiten;
- Kinderkulturtage zu entwickeln. Denn Bildung findet nicht nur im schulischen Bereich statt;
- Wülfrath will eine familienfreundliche Kommune sein. Dazu müssen die städtischen Angebote und Leistungen – wie Sprech- und Öffnungszeiten in den Ämtern und die Betreuungszeiten für Kinder – auf den Prüfstand gestellt und eventuell bedarfsgerecht geändert werden.

Wülfrath - keine Stadt ohne kulturelle Angebote

Kunst und Kultur haben eine herausragende Bedeutung für die Gesellschaft. Sie spiegeln gesellschaftliche Debatten wider und bieten Reibungsflächen zur Auseinandersetzung mit aktuellen Ereignissen und Entwicklungen. Jede Kommune sollte mit dem Ziel, allen Menschen den Zugang zu Kunst und Kultur zu eröffnen, eine kulturelle Infrastruktur vorhalten und fördern. Denn Kunst und Kultur beeinflussen nachhaltig unser Leben innerhalb und außerhalb der



Schulen und bieten die Chance für eine gelingende Integration und Inklusion.

Das heißt für DIE LINKE:

- bestehende kulturelle Einrichtungen zu erhalten und weiterzuentwickeln, denn Kunst und Kultur leben nicht davon, dass sie als Anspruch konserviert werden;
- kommunale Kulturpolitik auch auf die Bedürfnisse von Kindern auszurichten und sich für Einrichtungen der kulturellen Kinder- und Jugendarbeit stark zu machen;
- die Wülfrather Museen finanziell und mit Fachwissen zu unterstützen;
- den Zeitrahmen des Probebetriebs zur Betriebsführung des Zeitunnels durch den zukünftigen Träger verlängern, da die Corona-Pandemie die Übergabe erschwert;
- der Medienkultur verstärkt Aufmerksamkeit zu zollen und erforderliche Maßnahmen zu ergreifen;
- Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass sich kulturelle Freiräume und eigenverwaltete Projekte wie „WIR—Wülfrath-Ideen-Raum“ in der Stadt entwickeln und nachhaltig etablieren können;
- ein monatlicher, eintrittsfreier Museumstag in Wülfrath mittels finanzieller Unterstützung der Stadt, perspektivisch etabliert werden kann;
- öffentlichkeitswirksame Ausstellungsmöglichkeiten für Künstler*innen in Wülfrath zu schaffen;
- Kunst im öffentlichen Raum bei der Stadtplanung zu berücksichtigen.

Wülfrath – Bildung als Schlüssel

Bildung ist ein Schlüssel zur freien Entfaltung der Persönlichkeit von Kindern und Jugendlichen, für ihre Chancen und ihr Engagement im Leben und im Beruf. Junge, gut ausgebildete Menschen gestalten unser Land und die Region in den nächsten Jahrzehnten maßgeblich mit.



Dazu müssen sie die Chance erhalten, selbstbestimmt aufzuwachsen und ihren Platz in der Gesellschaft zu finden. Lebenslanges Lernen, Bildung und Weiterbildung sind unerlässlich.

DIE LINKE tritt dafür ein, dass alle Kinder und Jugendlichen unter optimalen Bedingungen chancengerecht in gut ausgestatteten Schulen lernen und jeder angestrebte Abschluss an allgemeinbildenden Schulen erlangt werden kann. Mit Blick auf die UN-Behindertenrechtskonvention und den Kinderrechten ist es notwendig, ein Konzept zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Förderbedarf zu entwickeln und die Voraussetzungen für dessen Umsetzung zu schaffen – vom gemeinsamen Unterricht hin zu einer inklusiven Schule.

Das heißt für DIE LINKE:

- Kindertagesstätten (KITAS) sind Orte der Bildung und Erziehung, daher ist es notwendig gleiche Betreuungsbedingungen für alle Kinder zu sichern, egal, ob sie bei freien Trägern oder einer städtischen Kindertagesstätte betreut werden;
- die finanzielle Mindestausstattung der KITAS (Betriebskostendeckung)

zu sichern und die Möglichkeiten der Abschreibung und der Bereitstellung von Investitionsmitteln bei öffentlichen und freien Trägern auf das gleiche Niveau zu führen;

■ KITAS als frühkindliche Bildungseinrichtung zu begreifen: DIE LINKE tritt für einen kostenfreien Betreuungsplatz für jedes Kind ein. Dies muss in Übereinstimmung mit dem Land NRW erreicht werden;

■ die Fortschreibung eines integrierten Bildungskonzeptes für die Stadt Wülfrath, das alle Bildungsmöglichkeiten von der frühkindlichen Bildung bis zur Erwachsenenbildung einschließt;

■ eine ausgewogene Schulentwicklungsplanung auf Grundlage der Bevölkerungsentwicklung in Wülfrath mit wohnortnahen Grundschulen;

■ den Schulausbau und die Schulsanierung (nach Möglichkeit mit Fördermitteln aus Bundes- und EU-Programmen) voranzutreiben, um Schulgebäude an zeitgemäße Anforderungen anzupassen und Inklusion zu ermöglichen. Die Räume barrierefrei zu gestalten und den Raumfaktor je Klasse deutlich zu verbessern;

■ Schüler- und Elternschaft bei der Schulentwicklungsplanung frühzeitig zu beteiligen und Akteure aus dem Schulumfeld, wie Vereine und Initiativen einzubeziehen;

■ alle Aktivitäten, die das längere gemeinsame Lernen ermöglichen, zu unterstützen und zu fördern;

■ alle Bemühungen von Lehrenden, Lernenden und Eltern, bestehende Kooperationen zwischen Grund- und Sekundarschule und Gymnasium weiterzuentwickeln und zu unterstützen;

■ die Sachausstattung der Schulen zu verbessern, insbesondere im

Bereich der neuen Medien;

■ dass sichere Schulwege für alle Lernenden existieren. Dazu gehört auch, die Entfernung zwischen Schule und Wohnung nicht nur über Entfernungskilometer zu definieren, sondern auch über die Schulwegsicherheit;

■ für eine gesunde und kostenfreie Essensversorgung – sowohl in der Kita als auch in der Schule (Frühstück und Mittagessen) – einzutreten. Dabei soll nicht nur die finanzielle Situation, sondern auch die räumliche Situation der Schulen berücksichtigt werden.

■ keine Möglichkeiten für die Bundeswehr einzuräumen, sich in Schulen zu präsentieren und für sich zu werben;

■ die Volkshochschule (VHS) als Ort lebensbegleitenden Lernens zu verstehen und auch künftig ein attraktives Bildungsprogramm mit generationenspezifischen Angeboten zu ermöglichen;

■ die personelle, räumliche und sächliche Ausstattung der VHS sicherzustellen;

■ das Mindesthonorar für Dozent*innen regelmäßig an die allgemeine Lohnentwicklung anzupassen.

Wülfrath – Sport als gemeinsames Erlebnis

Sport gehört zur Daseinsvorsorge und ist Bestandteil eines bürgerfreundlichen Leitbildes.

Für DIE LINKE ist der Sport ein soziales Recht der Menschen und muss daher ausreichend, unterstützt werden. Neben den



sozialen Aspekten der Sportvereine dienen diese auch der Gesundheitsvorsorge für alle Altersgruppen.

Das heißt für DIE LINKE:

- gute Rahmenbedingungen für den Schul-, den Freizeit- und den Leistungssport zu schaffen und Sportvereine bedarfsgerecht und verlässlich zu fördern;
- Bolz- und ähnliche Sportplätze für den Freizeitsport in den Wohngebieten zu erhalten, zu sanieren bzw. neu zu errichten;
- Sportstätten qualitativ zu verbessern. Fördergelder einzuwerben und Sportvereine bei der Planung von Sanierungsmaßnahmen einzubeziehen;
- sportliche Integrationsprojekte zu entwickeln und zu unterstützen;
- bei der Vermittlung von Werten wie Toleranz, Respekt und Fairness in den Vereinen und Organisationen des Sports wichtige Partner*innen zu sehen;
- Vereine zukunftsfähig zu machen und die Leistungen der vielen Ehrenamtlichen im Sport wertzuschätzen und zu würdigen;
- die Vergabe der Sportstätten zeitgemäß im Online-Verfahren vorzunehmen, um mehr Flexibilität, eine gerechte Verteilung sowie Transparenz zu sichern.



Wülfrath - digitale Teilhabe sichern, IT-Strukturen ausbauen

Der technische Fortschritt der letzten Jahrzehnte hat Entwicklungen mit sich gebracht, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen nachhaltig beeinflusst haben. Die Möglichkeiten und

Chancen der gesellschaftlichen Teilhabe, die sich damit für jeden und jede Einzelne eröffnen, sind enorm, wenn auch nicht voraussetzungslos. Die vielleicht markanteste Ausprägung der durch die Digitalisierung bedingten gesellschaftlichen Veränderung ist das Internet.

Die stets präsente, grenzenlose, vielfach ungefilterte und unzensurierte Verfügbarkeit von Kultur, Wissen und Informationen, die Möglichkeiten des Austauschs bei der Meinungs- und Willensbildung, die Bildung regional unbegrenzter sozialer Netzwerke bis hin zur politischen Teilhabe prägen das Internet als gesellschaftlichen Raum. Auch die öffentliche Verwaltung nutzt zunehmend die Möglichkeit, online mit Bürgern zu kommunizieren.

In der Wirtschaft, der Arbeitswelt und in der Bildung spielen digitale Möglichkeiten eine immer größere Rolle.

Die flächendeckende Verfügbarkeit von schnellem Internet ist daher eine wesentliche Voraussetzung für eine zukunftsfähige Entwicklung der Stadt. Digitalisierung ist von großer Bedeutung für alle Lebensbereiche und macht Wülfrath als Wohn- und Arbeitsstandort attraktiv.

Das heißt für DIE LINKE:

- dass symmetrische Up- und Downloadgeschwindigkeiten von mindestens 100 Mbit/s zeitnah und eine Breitbandversorgung mit Gigabitgeschwindigkeit bis 2024 flächendeckend zur Verfügung stehen muss;
- Fördermittel so zu bündeln, dass alle Gebäude, Siedlungs- und Gewerbeflächen an das Glasfasernetz angeschlossen werden;
- dass Wülfrath und seine Umgebung zügig mit dem 5G-Mobilfunknetz versorgt wird, damit das Internet der Dinge auch hier die Chance zur Entwicklung hat.

Wülfrath – existenzsichernde Arbeit in der Kommune



Die Wirtschaft Wülfraths nimmt Einfluss auf die kommunale Handlungsfähigkeit und die Lebensverhältnisse der Einwohner*innen. Von ihr hängen die finanzielle Ausstattung und die Zukunftsfähigkeit der Stadt aber auch die Beschäftigungschancen der Einwohner*innen ab.

Die Frage existenzsichernder Arbeit – zu einem Mindestlohn über 12 Euro pro Stunde – ist wesentlich für die Perspektiven, der Menschen.

Das heißt für DIE LINKE:

- die industrielle Ansiedlungspolitik an umweltschonenden und zukunftsfähigen Technologien zu orientieren;
- existenzsichernde Arbeitsplätze für alle Qualifikationsstufen mit angemessenen Vergütungen zu schaffen und zu erhalten;
- dass die Stadt als Auftragnehmerin ihre Verträge mit sozialen und kulturellen Trägern einhält;
- arbeitsrechtliche Normen und tarifliche Regelungen bei Vertragspartner*innen und -unternehmen der Stadt einzuhalten, Tarifflicht zu verhindern, Betriebs- und Personalräte zu stärken;
- dass Entlohnung nicht umgangen und nach Arbeitsstunden bezahlt wird;
- mittelfristig Reinigungsleistungen / ausgelagerte Dienstleistungen rekommunalisiert und die Angestellten von Subunternehmen ebenfalls nach Tarif bezahlt werden;

- Leiharbeit und Befristung ohne sachliche Grundlage bei öffentlichen Unternehmen und Beschäftigungsverhältnissen auszuschließen;
- die Gemeinwohlorientierung und soziale Verantwortung kommunaler Unternehmen sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu sichern;
- das Home-Office-Angebot auszubauen. Die Corona-Krise hat gezeigt, dass auch öffentliche Arbeitgeber*innen unter der Nutzung von Technik, Apps und digitaler Kommunikationsmittel zahlreiche Aufgaben von Zuhause bewerkstelligen können. Der Home-Office-Modus bietet Mitarbeiter*innen die Möglichkeit, aufgrund des Wegfalls von Wegen zu und vom Arbeitsplatz, die gewonnene Zeit, sinnvoll zu nutzen. Die Attraktivität der Verwaltungen als Arbeitgeber wird so erhöht.

Wülfrath - Flächenpotenziale sinnvoll nutzen

DIE LINKE steht für einen sparsamen Umgang mit Ressourcen und einer naturnahen Gestaltung der Grünflächen unserer Stadt. Der Landschaftsverbrauch bei der Ausweisung neuer Baugebiete, Gewerbeflächen oder Straßen darf nicht zu einem massiven Anstieg des Flächenverbrauchs führen.



Das heißt für DIE LINKE:

- Landschaft dort zu erhalten, wo sie für die Menschen als Erholungsort, Spielplatz und Erlebniswelt gebraucht wird;
- Grüngürtel mit artenreichen Kulturlandschaftsanteilen, landwirt-

schaftlichen Flächen und Gartenflächen zu erhalten;

- eine Strategie zu entwickeln, vorrangig alte Gewerbeflächen zu nutzen;
- neue Gewerbegebiete nur in notwendigem Ausmaß und unter Schutz wertvoller landwirtschaftlicher Nutzflächen und Grünflächen auszuweisen;
- neue Flächen sparsam und unter Berücksichtigung ökologischer Kriterien zu entwickeln;
- eine übermäßige Inanspruchnahme von Freiflächen für die Siedlungserweiterung am Stadtrand (z.B. Düsseldorf) auszuschließen.

Wülfrath - zu einer Energiesparstadt machen



Energie zu sparen und zugleich das Klima zu schützen, ist das angestrebte Ziel linker, verantwortungsvoller Kommunalpolitik. Das Einsparpotenzial Wülfraths durch ein intelligentes Energiemanagement zu nutzen und Wülfrath zu einem Standort grüner Unternehmen zu entwickeln, ist unser Anspruch.

Das heißt für DIE LINKE:

- fossile Brennstoffe durch den massiven Ausbau erneuerbarer Energien zurückzudrängen;
- Solardächer bei städtischen aber auch anderen Neubauten installieren und Gebäude energetisch zu sanieren;
- Unternehmen auf den Zukunftsfeldern der erneuerbaren Energien

und der Abfall-/Kreislaufwirtschaft – also grüner Zukunftstechnologien – gezielt zu fördern und anzuwerben;

■ die Gemeinwohlorientierung kommunaler Unternehmen weiter zu stärken und insbesondere die soziale Verantwortung der Unternehmen und weitere unternehmerische Kriterien – wie Nachhaltigkeit, Arbeitnehmerbelange und das betriebliche Gesundheitswesen – zu berücksichtigen;

■ Projekte wie Fair Trade Town und Sharing Economy zu unterstützen;

■ Aufbau eines Netzwerkes zum nachhaltigen Handeln;

■ Einsparpotenziale in der Mobilität - sprich dem Verkehr - zu nutzen;

■ neue Strukturen bei der Entwässerung zu schaffen. Zum Beispiel Dächer zu begrünen. Sie nehmen viel Wasser auf, leisten einen Beitrag für Artenvielfalt und können sogar als Ausgleichfläche dienen. Zudem bieten Dachbegrünungen Wärme- und Kälteschutz. Und das spart wieder Energie und Geld.

Wülfrath - den Handel stärken

Die Möglichkeiten der Kommunalpolitik, den traditionellen Handel zu unterstützen, sind begrenzt. Dem Internethandel auf Dauer Paroli zu bieten, ist für Ladeninhaber*innen eine große Herausforderung. Ein Appell an die Solidarität der Wülfrather*innen mit ihren ortsansässigen Händlern wird leider nicht ausreichen.



Das heißt für DIE LINKE:

- dass bei der Bauleitplanung Handelsaspekte berücksichtigt werden und das Einzelhandels- und Zentrenkonzept konsequente Beachtung findet;
- dass Bedingungen geschaffen werden, die den Besuch der Innenstadt zu einem Gesamterlebnis von Kunst und Kultur, Event, Handel und Wandel machen;
- interkommunale Zusammenarbeit als übergeordnete Strategie zu betrachten, da es immer Wechselwirkungen mit den Nachbargemeinden gibt;
- rasche Fertigstellung und Öffnung öffentlich zugänglicher Toiletten, damit Besucher*innen in der Innenstadt verweilen.

Wülfrath für alle. – Finanzielle Sicherheit für die Stadt.



DIE LINKE steht für eine Haushaltspolitik, die für die Leistungen der Daseinsvorsorge die Mittel und das notwendige Personal bereitstellt. Notwendigen Anpassungen und Einsparungen lehnen wir nicht prinzipiell ab, sondern prüfen und bewerten diese anhand sozialer, nachhaltiger und zukunftsorientierter Kriterien. Dort, wo es möglich ist, fordern wir eine Gebühren- und

Beitragsstaffelung nach sozialen Aspekten ein. Den Verkauf von kommunalem Eigentum zur Haushaltskonsolidierung lehnen wir strikt ab.

Wülfrath wird derzeit mit Problemen allein gelassen, deren Verursacher nicht die Stadt allein ist. Die Lösung der daraus entstehenden kommunalen Haushaltsprobleme muss auf Bundes- und Landesebene erfolgen.

Es gilt unter diesen Rahmenbedingungen einen Weg zu finden, erkämpfte soziale Leistungen zu verteidigen und auszubauen. Hier muss die Stadt ihre finanziellen Gestaltungsspielräume ausschöpfen, um eine weitere Spaltung der Stadt zu verhindern und letztlich allen Wülfrather*innen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

Das heißt für DIE LINKE:

- der Bund muss eine Gemeindegewerbesteuer einführen, die die bisherige Gewerbesteuer ablöst. Ziel ist, die Schwächen der Gewerbesteuer zu beseitigen, um die Einnahmen der Gemeinden zu erhöhen und diese verlässlicher – d.h. von der konjunkturellen Lage unabhängiger – zu gestalten;
- den kommunalen Finanzausgleich in NRW so zu regeln, dass er die Kommunen nicht von der allgemeinen Steuerentwicklung entkoppelt, den Mindestbedarf sichert und innerhalb der kommunalen Familie einen angemessenen Ausgleich schafft;
- für die Aufgaben, die den Kommunen durch Bund und Land übertragen werden, das Konnexitätsprinzip anzuwenden. Es muss gelten: Wer bestellt, der bezahlt auch!
- keine Aufgaben auszulagern, um Personalkosten einzusparen, und eine strikte Tarifbindung, wenn Dritte Aufgaben erfüllen;
- privatisierte Dienstleistungen mittelfristig zu rekommunalisieren;
- keine Haushaltskonsolidierung der Stadt zu Lasten der Mieter*innen sowie der Gebührenzahler*innen zu praktizieren;
- das Fördermittelmanagement zu verbessern, um dringend benötigte zusätzliche Einnahmen zu generieren und die Vergabe der knappen Mittel strategisch sinnvoll und effektiv zu gestalten.

Wülfrath – mit dem Umland zusammenarbeiten

Interkommunale Zusammenarbeit lässt keinen Raum für Konkurrenzdenken und –verhalten der kommunalen Familie, sondern konzentriert sich auf Gemeinsamkeiten und setzt sich verstärkt für sinnvolle, städteübergreifende Projekte ein.

Das heißt für DIE LINKE:

- interkommunale Kooperationen zu etablieren, mit denen Pendlerströme optimiert und das Arbeiten und Wohnen in unterschiedlichen Städten der Region erleichtert werden (z.B. Stärkung des ÖPNV, Einrichtung weiterer P+R-Plätze, Förderung von S-Bahn und regionalem Radverkehr);
- dass die gemeinsame Geschichts- und Kulturregion des Neanderlands weiterentwickelt und vermarktet wird;
- dass bei Kulturveranstaltungen und Kunstprojekten verstärkt Synergien geschaffen werden;
- dass Gewerbeflächen gemeinsam entwickelt werden.



<https://commons.wikimedia.org/>

Wülfrath - die Stadt sind wir. Für Demokratie und Vielfalt!

Wülfrath ist eine weltoffene und tolerante Stadt. Zahlreiche Menschen in unserer Stadt engagieren sich ehrenamtlich in Vereinen und Initiativen, leisten sozial und kulturell wichtige Arbeit und bringen sich ein in Aktionen zur Stärkung von Demokratie und Toleranz. Diese Bereitschaft mitzugestalten, macht uns gemeinsam reicher und stärker.

DIE LINKE setzt sich für direkte Bürgerbeteiligung in Wülfrath ein. Für uns sind transparente Verwaltungspläne, schon von der frühesten Planungsphase an, eine Mindestforderung von Mitbestimmung.

Hierzu wollen wir auch die Formen der Mitsprache nutzen, die das Internet bietet.

Das heißt für DIE LINKE:

- aus verschiedenen Plänen der Verwaltung nicht nur auszuwählen, sondern Pläne mit zu erarbeiten;
- die Chancen des Internets stärker zu nutzen, um Bürger*innen einzubeziehen;
- dass eine E-Government-Strategie notwendig ist und Kostenersparnisse durch Open-Source-Software geprüft werden;
- der Onlineservice der Verwaltung verbessert wird. Dazu gehört ein übersichtliches leicht verständliches Serviceportal, das auf allen Endgeräten funktioniert und eine übersichtliche webbasierte Darstellung von Beschlüssen, Satzungen und Planungen bietet;
- dass freies W-LAN in der gesamten Stadt verfügbar ist, um allen Bürger*innen Beteiligung zu ermöglichen. Dieses soll durch die Stadt und Partner aus der lokalen Wirtschaft aufgebaut werden. Es gibt bereits viele kleine private Initiativen in Läden und Lokalen. Insbesondere sollen Freifunkinitiativen verstärkt unterstützt werden;
- einen Bürgerhaushalt zu etablieren, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu unterstützen, neue Beteiligungsformen – z. B. Einwohnerumfragen – zu erproben;
- Einwohnerversammlungen in den Stadtteilen und für Themen, die die ganze Stadtgesellschaft betreffen, stadtweite Einwohnerforen zu etablieren;
- Beteiligungsprozesse zu vereinfachen und alle Formen direkter Demokratie zu fördern. Wie streben an, Bürger*innen bei Wahlen über einen Punkt der Stadtentwicklung, der im gesamtstädtischen

Interesse liegt, zu befragen bzw. entscheiden zu lassen;

■ ehrenamtliches Engagement zu fördern und einen Ehrenamtsbeirat zu etablieren, um ehrenamtlich tätige Wülfrather Vereine und Verbände an der Förderung und Würdigung ehrenamtlichen Engagements aktiv zu beteiligen.



Wülfrath – Geschlechtergerechtigkeit herstellen

Geschlechtergerechtigkeit betrifft nicht nur Frauen, sondern alle Menschen, die aufgrund ihrer Sexualität oder geschlechtlichen Identität ausgegrenzt, gemobbt, bedroht oder gar gewaltsam angegriffen werden. Solange eine heterosexuelle

Zweigeschlechtlichkeit Maßstab politischer Entscheidungen und kultureller Debatten bleibt, werden sexuelle und geschlechtliche Ausgrenzung verstetigt. Unser Ziel ist die Überwindung des Gegensatzes von “normal” und “anders”.

Dass heißt für DIE LINKE:

- eine qualifizierte Weiterbildung von Kontaktstellen und Vertrauenslehrkräften in Schulen und Jugendhaus;
- Coming-out-Hilfe zur Bewusstseinsentwicklung in Sachen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt und Selbstbestimmung;
- verallgemeinernde, ungerechtfertigte Vorurteile auszuräumen und somit den Abbau von Diskriminierung sowie Mobbing fördern;
- den Ausbau von regelmäßigen und sicheren Treffpunkten und Beratungsstellen, die auch telefonische und anonyme Gesprächsangebote schaffen.

Wülfrath – für eine Kultur der Vielfalt und Integration

In unserer Stadt leben Menschen unterschiedlichster Herkunft: Alteingesessene, Hinzugezogene, Einwander*innen, Geflüchtete und Asylsuchende. Diese Vielfalt ist eine Bereicherung für uns – menschlich, kulturell, wirtschaftlich.

DIE LINKE setzt sich für ein respektvolles gesellschaftliches Miteinander ein, das die Verschiedenheit

aller Menschen anerkennt. Wir wollen einen humanen Umgang mit Asylbewerber*innen, der die Würde jeder und jedes Einzelnen in den Mittelpunkt stellt und setzen uns für eine Willkommenskultur in unserer Gesellschaft ein. Das erfordert eine Politik, die Rassismus, Antisemitismus und allen anderen Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit entschlossen und konsequent entgegentritt. Dazu gehört es Willkommensstrukturen mit einer Integrationspolitik zu schaffen, die Integration nicht als Aufforderung, sondern als bereichernden, vielseitigen Prozess versteht.

Das heißt für DIE LINKE:

- Integrationsprojekte zu fördern;
- Netzwerkstrukturen, die der Teilhabe von Geflüchteten in der Gesellschaft dienen, zu stärken;
- die positiven Erfahrungen der Arbeit von Vereinen, Bildungseinrichtungen und Organisationen mit Flüchtlingen und Migrant*innen zu nutzen und zu unterstützen.



Wülfrath – gemeinsam gegen Rechts

Die Würde des Einzelnen ist unantastbar. Mit der Resolution gegen Extremismus in all seinen Formen hat Wülfrath ein wichtiges Zeichen gesetzt. Worte alleine reichen jedoch nicht.

Die universelle Gleichwertigkeit aller Menschen gilt es Tag für Tag zu verteidigen: Gegen Rassismus, Antisemitismus und Sexismus. Gegen die Ausgrenzung von Minderheiten und von Armut Betroffenen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit findet sich in jeder gesellschaftlichen Schicht. Diskriminierung, Hass und Gewalt bedrohen unser friedliches Zusammenleben und die Demokratie.



Wir alle müssen dem gemeinsam auf allen politischen Ebenen – parlamentarisch wie außerparlamentarisch – begegnen. Dazu gehört der solidarische Umgang mit Opfern von rechter Gewalt, Diskriminierung und Ausgrenzung.

DIE LINKE will ein gesellschaftliches Klima schaffen, das nicht zulässt, dass Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Glaubens, ihrer geschlechtlich-sexuellen Identität oder ihrer politischen Orientierung diskriminiert oder gar angegriffen werden.

Das heißt für DIE LINKE:

- Projekte, die der Interessenvertretung von Migrant*innen, Menschen mit Behinderung oder Menschen in alternativen Lebensformen dienen, kontinuierlich zu fördern;
- Solidarität mit den Opfern rechter Gewalt zu üben;

- Beratungsstellen für Opfer von Diskriminierung und Gewalt zu fördern;
- stetig an Konzepten gegen Gewalt und Ausgrenzung an Schulen und an der Vernetzung einzelner Projekte mit Unterstützung der Stadtverwaltung zu arbeiten;
- Projekte zur historischen und politischen Bildung zu fördern und sich mit neofaschistischem Gedankengut und Geschichtsfälschungen offensiv auseinanderzusetzen;
- das lokale Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus des Kreises Mettmann vor Ort konsequent umzusetzen und weiterzuentwickeln.

Wülfrath – natürlich von den Menschen her denken



DIE LINKE will die Stadt gemeinsam mit allen Menschen gestalten. Deshalb halten wir öffentliche Diskussionen zu den grundsätzlichen Fragen der Stadtentwicklung für unentbehrlich: Wie wollen wir leben – heute und in Zukunft? Was bedeutet für uns Lebensqualität und wie wollen wir unseren Stadtraum nutzen und gestalten?

Antworten auf diese Fragen entscheiden über die Richtung der weiteren Stadt-, Raum- und Verkehrsplanung in Wülfrath.

Wir sind dafür, Wege zu reduzieren, Energie, Ressourcen und Verkehrsflächen einzusparen und so lebendige Quartiere mit kurzen Wegen, Nahversorgung, Gewerbe, Kitas, Schulen und Parks zu erhalten und neu zu schaffen. Ein ökologischer Umgang mit der endlichen Ressource Stadtfläche ist dringend geboten.

Dazu gehören auch die Gestaltungsaspekte des Verkehrsraumes.

Das heißt für DIE LINKE:

- eine nachhaltige, innovative, kompakte Stadtentwicklung zu fördern und die Erschließung wertvoller landwirtschaftlicher Böden und Flächen für Wohnungsneubau zu verhindern wird (d.h. kompakt wohnen, Flächen sparen und Verkehr vermeiden);
- Stadtentwicklung so zu betreiben, dass alle mit öffentlichen Geldern geförderten Gebäude und Anlagen barrierefrei gestaltet werden;
- dass lebendige Quartiere mit kurzen Wegen zu Nahversorgung, Schulen und Parks etabliert werden;
- dass ausreichend Spielplätze in allen Stadtteilen vorhanden sind.
- dass Sicherheit, Komfort und Wohlfühlfaktor die Hauptkriterien der Stadtplanung sind, um die Aufenthaltsqualität öffentlicher Räume zu erhöhen;
- Solarmodule auf und Begrünung an Wartehäuschen zu prüfen;
- Mobilität nach ökologischen und sozialen Kriterien zu gestalten. Das heißt, den Umweltverbund (ÖPNV, Radfahrer und Fußgänger) besonders und vorrangig in der Stadtentwicklungsplanung zu fördern;
- den barrierefreien Ausbau von Haltestellen, die nicht nur vor Wind und Regen schützen, sondern auch Schatten spenden;
- In Kooperation mit dem Kreis und den Nachbarstädten Carsharing-Angebote zu etablieren bzw. auszuweiten und in Koordination mit Fahrradausleihstationen und dem ÖPNV weiterzuentwickeln;
- mehr und moderne Fahrradabstellanlagen und Lademöglichkeiten für Pedelecs zu errichten, die sicher, überdacht, beleuchtet und gut zugänglich sind - vor allem an ÖPNV-Knotenpunkten.

Wülfrath – eine Stadt bezahlbaren Wohnens



Laut einer von der NRW.Bank erstellten „Modellrechnung zur Entwicklung des preisgebundenen Mietwohnungsbestandes bis 2030“ wird in den kreisangehörigen Städten der Bestand an geförderten Mietwohnungen in diesem Zeitraum zum Teil deutlich auf insgesamt 10.480 Wohnungen zurückgehen.

Auch in Wülfrath wird bezahlbarer Wohnraum zusehends knapper. Bis zum Jahr 2030 wird ein Rückgang des Wohnungsbestandes von 20,5% prognostiziert. Da der Anteil der Sozialwohnungen Ende 2018 gerade einmal 16.5% betrug, muss dieser Entwicklung konsequent entgegengewirkt werden.

Kleine, zentral gelegene Wohnungen zu erschwinglichen Mieten sind sowohl für junge Menschen als auch Senior*innen Mangelware geworden. Größere Wohnungen für Familien sind für viele kaum noch bezahlbar. Bedarfsgerechten Wohnraum vorzuhalten, ist einer der wichtigsten Aspekte der Daseinsvorsorge und verlangt nach einem guten wohnungspolitischen Konzept. Deshalb darf dieser Bereich nicht allein dem Markt überlassen werden, sondern verlangt einen starken kommunalen Partner.

DIE LINKE will, dass Wohnraum ausreichend und bezahlbar in allen Stadteilen für alle Bevölkerungsgruppen zur Verfügung steht. Attraktive Stadtentwicklung heißt für uns, dass die Verdrängung in attraktiven Wohnvierteln durch wohlhabende Bevölkerungsgruppen (Gentrifizierung) gestoppt und langfristig überwunden wird. Eine gelungene Stadtentwicklung mit gesellschaftlichen Mehrwert, erfordert ein Wohnumfeld mit allen Facetten zu schaffen. Von be-

zahlbar bis anspruchsvoll, von klassisch bis kreativ. Generationenübergreifend und reich an Kulturen.

Das heißt für DIE LINKE:

- die kommunale Wohnungsgesellschaft (GWG) zu unterstützen, aber auch in die Pflicht zu nehmen. Dies betrifft die Gestaltung neuer Wohnformen sowie die Verwirklichung einer ausgewogenen Mischung aus Sozialwohnungen sowie Standard- und hochwertigen Wohnungen bei jedem Neubau- oder Sanierungsprojekt;
- den Anteil an Sozialwohnungen, bei Neubauten festlegen, um preiswerten Wohnraum in allen Quartieren zu sichern;
- die Stadt muss wieder mehr Grundstücke in Kommunales Eigentum zurückholen. Für den Zugriff auf die Grundstücke sind entsprechende Vorkaufsrechte in der kommunalen Satzungen zu verankern und Entwicklungssatzungen zu erlassen;
- dem wachsenden Bedarf an barrierefreiem Wohnraum Rechnung zu tragen (seniorengerechter Wohnraum);
- Barrierefreiheit sowie Kinder-, Familien- und Seniorenfreundlichkeit im Wohnumfeld durchgängig zu beachten und damit auch dem wachsenden Bedarf Rechnung zu tragen.

Wülfrath – neues, klimagerechtes Wohnen wagen

Der Klimawandel hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche in der Stadt. Starkregen und Hochwasser, schwere Stürme und Hitzeperioden kann die Stadt nicht verhindern, aber sie kann eine Strategie zur Anpassung an den Klimawandel entwickeln.



Das heißt für DIE LINKE:

- dass sich Bebauungen an Landschaft und Natur anpassen müssen;
- regenerative Energien beim Wohnungsbau, bei der Fassaden- und Dachbegrünung und beim Regenwassermanagement zu nutzen;
- Initiativen zur Realisierung von Klein- und Erholungsgärten, Urban Gardening, Pflanz- und Pflegeinitiativen zu unterstützen;
- Wohnen ohne Auto zu ermöglichen und eine vorbildliche Fuß-, Radweg- und ÖPNV-Anbindung zu realisieren;
- multifunktionale Grün-, Erholungs- und Spielflächen in allen Wohngebieten einzurichten;
- in allen Bebauungsplanverfahren unnötige Flächenversiegelungen zu vermeiden, insbesondere bei der Freiflächengestaltung;
- den Grünflächenanteil in der Stadt zu erhalten.



Wülfrath – Leben ohne Angst

Eine stabile Mischung von Wohnen, Arbeiten, Freizeitgestaltung und Nahversorgung gewährleistet lebendige Stadtteile, in denen nachbarschaftliche Fürsorge Schutz bietet. Deshalb ist es sinnvoll für entsprechende Mischnutzung in Stadtteilen zu sorgen.

Objektiv ist Wülfrath eine sichere Stadt, dennoch nimmt die LINKE das subjektive Sicherheitsempfinden und das Sicherheitsbedürfnis der Bürger*innen sehr ernst. Effektive Sicherheitspolitik muss zuerst in den Bereich der Entwicklung Unterstützung finden.

Das heißt für DIE LINKE:

- angstnehmende Beleuchtung an öffentlichen Straßen, Plätzen und Haltestellen installieren;
- die Vermeidung von funktionslosen städtischen Räumen und die Belegung von Plätzen und verwahrlosten Flächen;
- den Verzicht auf verdeckte Zugänge, tote Winkel und Durchgänge, um die Einsehbarkeit zu sichern;
- die Zusammenarbeit von Ordnungsdienst und Polizei zu intensivieren, z.B. durch gemeinsame Fußstreifen und Bürgersprechstunden;
- Stärkung des kommunalen Ordnungsdienstes. Das bedeutet nicht nur mehr Personal, sondern auch vielfältige Qualifizierungsmöglichkeiten für die Mitarbeiter*innen anzubieten;
- zu prüfen, wie ein moderner Winterdienst auch umfangreich für Fahrradwege und Nebenstraßen funktionieren kann.

Wülfrath – für eine friedliche Stadt



Die Unterzeichnung des Washingtoner Vertrags über nukleare Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag) durch Michael Gorbatschow und Ronald Reagan 1988 war ein Meilenstein internationaler Friedens- und Abrüstungspolitik. Die Vernichtung nuklearer Mittelstreckensysteme hat das Sicherheitsgefüge insbesondere in Europa nachhaltig verbessert.

Der Ausstieg der USA und Russlands aus dem INF-Vertrag gefährdet dieses Sicherheitsgefüge schlagartig. DIE LINKE tritt auf allen politischen Ebenen für eine konsequente

Friedens- und Abrüstungspolitik ein.

Das heißt für DIE LINKE:

- Städtepartnerschaften zu pflegen und auszubauen, damit Kontakte der Menschen in den Städten der Welt das Verständnis füreinander und Freundschaften miteinander fördern;
- Friedensarbeit vor Ort zu pflegen und Initiativen zu unterstützen;
- dem Netzwerk Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden) beizutreten und aktiv zu unterstützen.

Wülfrath – dem Ehrenamt eine Stimme geben

Immer mehr Aufgaben werden durch Ehrenamtliche übernommen. Wir können nicht genug wertschätzen, wie viele engagierte Einwohner*innen aller Altersgruppen durch ihre Mithilfe unser Zusammenleben bereichern. Ohne sie wären viele Strukturen der sozialen Daseinsvorsorge in Wülfrath nicht möglich.



Das heißt für DIE LINKE:

- Ehrenamtliche finanziell und materiell zu unterstützen;
- Ehrenamtliche an Entscheidungen beteiligen.

Wir begrüßen bürgerschaftliches Engagement als einen Grundpfeiler einer funktionierenden Gesellschaft. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass sich Staat und Gesellschaft ihrer Verantwortung entziehen und originäre Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge auf Ehrenamtliche übertragen. Ehrenamtliche sollten bestenfalls unterstützend tätig sein, nicht jedoch die Hauptlast bei der Bewältigung dieser Aufgaben tragen.

DIE LINKE streitet für soziale Gerechtigkeit, gleichwertige Lebensverhältnisse, ein solidarisches und friedliches Zusammenleben und für ein Wülfrath, in dem sich die Menschen sicher und wohl fühlen.

Wir stellen uns dem Rechtsruck in unserer Gesellschaft entschlossen entgegen und kämpfen für eine weltoffene Stadt in der Rassismus, Hass und Gewalt keinen Platz haben.

Wir wollen Freiräume zulassen und Kreativität fördern.

Wir brauchen starke Stadtteile mit zukunftsorientierter sozialer und digitaler Infrastruktur, bezahlbarem Wohnraum für unterschiedliche Bedarfsgruppen und frei verfügbaren gemeinschaftlich nutzbaren Grünflächen.

Wir wollen eine Stadt, die mit dem Umland gut vernetzt ist.

Wir streiten für eine Stadt mit einer vielfältigen und bunten Sport- und Kulturlandschaft, an der alle Menschen teilhaben können.

Der fortschreitenden Kommerzialisierung und Privatisierung öffentlicher Räume treten wir entschieden entgegen.

DIE LINKE stellt ein »Recht auf Stadt« für alle Bewohnerinnen und Bewohner von Wülfrath in den Mittelpunkt ihres politischen Handelns.



V.i.S.d.P.:

DIE LINKE. Ortsverband Wülfrath
c/o Ilona Kückler
Amselweg 2
42489 Wülfrath

info@linkspartei-wuelfrath.de

www.dielinke-wuelfrath.de

Nicht gekennzeichnete Bilder im Programm stammen von pixabay.com, Bilder auf Seite 9,17 u. 19 von R. Kückler und auf Seite 25 von der Partei DIE LINKE.

Bei dem Foto auf dem Deckblatt handelt es sich um die Bronzeplastik „Der Kalker“ in der Wülfrather Fußgängerzone. Das Foto stammt von wikipedia.org und ist ein Werk des Users Hyperdieter (Von Hyperdieter - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=16147007>). Das Bild wurde nicht verändert. Der Lizenzgeber hat das Bild zur freien Verwendung gestellt, was nicht mit einer Unterstützung der Verwender gleichzusetzen ist.